

DIE FACKEL

Nr. 57

WIEN, ENDE OCTOBER 1900

II. JAHR

Aus der Debatte des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 25. Oktober verdient die folgende Äußerung des Ministerpräsidenten v. Szell erwähnt zu werden: »Der Abgeordnete Pichler hat bemerkt, daß die Ausschreibung der gegenwärtigen Wahlen in Österreich als *der letzte verfassungsmäßige Versuch* bezeichnet wurde. *Wer das gesagt hat und wie man es gesagt hat, das weiß ich nicht.* Ich erkläre aber, daß *ich mit diesem Ausspruch nicht solidarisch bin*«.

Wochenlang hat man in Österreich auf die politischen Parteien mit der Behauptung einzuwirken gesucht, der Kaiser habe Herrn Jaworski gesagt, daß die gegenwärtigen Wahlen »der letzte verfassungsmäßige Versuch« sind. Für einen solchen kaiserlichen Ausspruch müßte nicht bloß der österreichische, sondern auch der ungarische Ministerpräsident die Verantwortung übernehmen, weil er auf Grund der Gesetze von 1867 die Frage der Anwendung von nicht—verfassungsmäßigen Mitteln in Österreich mitzuentcheiden hat. Aber ist denn jener Ausspruch des Kaisers irgendwie beglaubigt, stärker beglaubigt als durch die berühmte Wahrheitsliebe des Herrn Jaworski, der vor Jahren einmal durch die entstellte Mitteilung eines Kaiserwortes einen Börsenkrach inszeniert hat? Gegen den neuerlich überhandnehmenden Unfug, daß nichtauthentische Kaiserworte politisch ausgeschrotet werden, habe ich in den Nummern 41 und 42 der 'Fackel' Verwahrung eingelegt. Ich erklärte damals, es gehe nicht an, »daß die Aussprüche des Kaisers, in der Erinnerung der Personen, mit denen er sprach, und vielleicht durch ihre Absicht gefärbt, in die Öffentlichkeit gelangen.« Und ich dachte an eine Einrichtung, die die Authentizität politischer Kaiserworte gewährleisten würde. Solange aber diese für die Österreichischen Verhältnisse notwendige Einrichtung nicht geschaffen ist, verlangt dem Treiben von Leuten gegenüber, die die Krone zu ihrem politischen Bettgenosß machen wollen, der konstitutionelle Formensinn die Erklärung: »Wer das gesagt hat, was Ihr als Kaiserwort ausgebt, und wie man es gesagt hat, das weiß ich nicht.«

* * *

Da an den großen Dionysien des ersten Jahres der 89. Olympiade der Komiker Aristophanes, der von den Freisinnigen unter den Atheniensern als ein »niedriger und frecher Pamphletist« gehaßt worden ist, in seinen »*Wolken*« den Sokrates auf die Bühne brachte und als einen Mann anklagte und verhöhnzte, der da lehre, »wie Unrecht triumphiert durch Redekunst« und wie man seine Schulden loswerden könne, ohne den Gläubigern einen Obolos zu zahlen: stand der Philosoph von seinem Sitze im Theater auf und stellte es den Zuschauern anheim, mit der Karikatur, die auf der Bühne Namen und Maske des Sokrates trug, das Original zu vergleichen ... Die Männer von Athen sind wahrlich, nicht wehleidig gewesen. Gleich Sokrates haben auch

Perikles und Kleon die Pfeile des wütenden Spottes und Zornes erduldet. Kleon hat freilich schon seinem satirischen Gegner Aristophanes einen Prozeß angehängt. Aber erst acht Jahre nach Kleons Tod hat eine entartende Demagogie der Bühnenfreiheit Schranken gesetzt. Da verfiel die Komödie.

Bei uns hat sie nie aufblühen können. Die öffentlichen Plätze darf hierzulande die Satire nur an der Leine und mit dem Maulkorb angetan betreten. Der Staat — so nennen sich bei uns die *Behörden* —, die Armee und die Kirche haben ihr als sakrosankt zu gelten. Und zu den aufgezwungenen Beschränkungen hat die Österreichische Komödie neuerer Zeit freiwillig noch weiteren sich unterzogen. Auch Taussig und Wittgenstein sind sicher, von ihr *nicht* angegriffen zu werden; auch die Presse; und nicht am wenigsten die lokalen Machthaber und die lokalen Parteiverhältnisse. Selbst Dramen, die vielleicht auf diese Verhältnisse gedeutet werden könnten, sind unsere Bühnen verschlossen. Herr Bukovics hat Max Dreyers »Probekandidat« nicht etwa, weil's ein spottschlechtes Stück ist, abgelehnt, sondern, wie er im 'Neuen Wiener Tagblatt' erklären ließ, weil es ein Tendenzstück sei, also — aus Vorsicht. Nur *ein* Gebiet hat die Fürsorge der Obrigkeit den Bühnensatirikern noch freigelassen, die nicht, wie die Herren Karlweis und Bahr, mit Witzen aus den 'Fliegenden Blättern' und dem 'Simplicissimus' auszukommen verstehen: die Sozialdemokratie darf noch verhöhnt werden. Aber da bäumt sich das Rechtsgefühl unserer Sozialdemokraten auf: wenn schon nicht gleiches Recht, so kann doch gleiches Unrecht für alle erkämpft werden. Die Zensur, die sorglich Herrn Lueger wie Herrn Noske vor den Angriffen dramatischer Spötter schützt, darf diesen auch die Führer der Sozialdemokratie nicht preisgeben. Und wenn sie's tut, dann muß man wohl den Sozialdemokraten das Recht auf Selbsthilfe durch Theaterskandale zubilligen.

Wenn man selbst Polizei spielt, sollte man es dem Gegner nicht verargen, daß er nach Polizei ruft. In Wien freilich läßt klügere Überlegung diesen Ruf in der Kehle ersticken. Man weiß, daß gerade durch Theaterskandale, und nur durch sie, Dramen wie des Herrn Adamus »Familie Wawroch« sich erhalten können. Aber in Galizien sieht man in Theaterskandalen noch eine Gefahr. Kein Wunder also, wenn die Krakauer Polizei einschritt, als Herr Daszynski und seine Anhänger vor drei Jahren im Krakauer Sommertheater gegen die Aufführung eines Stückes lärmend demonstrierten, das ein Staatsanwalt verfaßt hatte und in dem ein Sozialdemokrat, der die Bauern zum Diebstahl aufreizt, in der Maske des Abgeordneten der Stadt dargestellt wurde. Die Demonstration war überflüssig. War das staatsanwaltliche Dichterwerk mißraten, so war es auch ungefährlich. Aber selbst wenn's ein Kunstwerk gewesen wäre, hätte Herr Daszynski von den zweiundzwanzigtausend Krakauer Wählern, die ihm drei Monate vorher ihre Stimmen gegeben hatten, nicht so gering denken sollen, als könnte der Hohn des dichtenden Staatsanwaltes sie ihm abspenstig machen; er hätte übrigens den Schauspieler durch eine Ehrenbeleidigungsklage verhindern können, sich seiner Maske zu bedienen. Niemand weiß, wie eine freie Bühne auf die unfreien Geister in unseren Tagen wirken würde. Aber die Athenienser haben die Verhöhnung des Kleon durch Aristophanes mit einem Preise belohnt und sind doch Kleons Führung in der Politik und im Felde gefolgt; und sie haben die »Wolken« durchfallen lassen und doch später den Sokrates zum Tode verurteilt.

Die Krakauer Polizei, von einem Dichter, der zugleich Staatsanwalt ist, gegen Sozialdemokraten zu Hilfe gerufen, zeigte einen Eifer, als hätte es sich nicht darum gehandelt, die Freiheit der Bühnensatire zu schützen, sondern den Staat zu retten. Dem Abgeordneten Daszynski wurden nicht weniger als 14 Tage Arrestes zuerkannt. Doch nun griff der von der Polizei bereits hin-

länglich gerächte Autor auch noch zur Selbsthilfe. Er schritt als Staatsanwalt gegen die Demonstranten wegen »Auflaufs« ein, und sechs von ihnen wurden verurteilt. An Daszynski selbst traute man sich damals nicht heran, das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt. Jetzt ist es wieder aufgenommen worden, und Mitte Oktober 1900 — vierzig Monate nach der Demonstration im Krakauer Sommertheater — ist Herr Daszynski zu zehn Wochen strengen Arrestes verurteilt worden.

Die führenden Wiener Blätter haben das Urteil gemeldet, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Gegen Herrn Daszynski lag nichts Schlimmeres vor, als daß er sich die Belehrung eines Polizeikommissars über taktvolles Benehmen verbeten hatte, wodurch er, falls er sich etwa dabei kräftiger Worte bediente, eine Wachebeleidigung verübt haben kann; und daß er, als ein Theaterbesucher verhaftet wurde, gerufen haben soll: er wird hier bleiben! er hat das Recht dazu! — was ein Übelwollender als Einmischung in eine Amtshandlung deuten könnte, wiewohl durch den Ausruf die Amtshandlung nicht gestört wurde. Aber *Auflauf!* Zehn Wochen strengen Arrests! Einem Autor fällt rechtzeitig ein, daß er eigentlich Staatsanwalt ist, und er bringt die Anklage ein. Die Richter erinnern sich, was sie dem Kollegen von der Staatsanwaltschaft schuldig sind, erwägen, daß der kollegiale Richterspruch zugleich für die Schlachta, deren gefährlichster Gegner der Angeklagte ist, eine Genugtuung zu bilden habe, und erklären einen Fehler gegen den guten Geschmack für ein schweres Vergehen, einen Theaterskandal für einen Auflauf. Und die Verweser der öffentlichen Meinung in der Zentrale des Reiches, wo man doch die Rache der galizischen Justiz nicht zu fürchten hat, schweigen bei diesem Urteil. Für sie gibt's keinen anderen Theaterskandal, als daß ein Stück des Herrn Herzl oder Schnitzler vom Burgtheater abgelehnt wird, und auf Jahrzehnte hinaus kein anderes Fehlurteil als das von Rennes oder Kuttenberg. †

* * *

Zu den Bemerkungen über die Affäre Pfersche—Pastrée in Nr. 55 erhalte ich die folgende §—19—Berichtigung:

Es ist unwahr, daß der »Bund österreichischer Industrieller« von mir geleitet wird. Wahr ist, daß der »Bund österreichischer Industrieller«, vom Tage seiner Konstituierung an, selbständig geleitet wird und von mir nach keiner Richtung hin beeinflusst wird oder beeinflusst werden könnte. Es ist unwahr, daß der in der 'Neuen Freien Presse' vom 6. Oktober erschienene 1½ Spalten lange Artikel vom Herrn Präsidenten Julius Pastrée nur gezeichnet und von mir verfaßt wurde. Wahr ist, daß ich von diesem Artikel nichts wußte, bis derselbe am 6. Oktober in der 'Neuen Freien Presse' zum Abdruck kam. Es sind daher alle mich betreffenden Behauptungen des betreffenden Aufsatzes vollständig unwahr.

C. J. Hauck.

*

Herr C. J. Hauck—Weiß, der Herausgeber der 'Arbeit', des berüchtigten »Central—Organs der österreichischen Arbeitgeber«, bringt mich in Verlegenheit. Wie leicht kann jetzt Herr Pastrée berichtigen, daß der »Bund österreichischer Industrieller« nicht »selbständig geleitet« wird! Auch ob jener Artikel in der 'Neuen Freien Presse' von Herrn Hauck—Weiß verfaßt war, ist jetzt fraglich geworden: Das Sprachgefühl spricht dafür, Herrn Hauck's Behaup-

tung dagegen. Aber meine erbittertsten Feinde müssen zugeben, daß mein Sprachgefühl verlässlicher ist, als eine Behauptung des Herrn Hauck—Weiß.

* * *

Die Enquete über den Getreide—Terminhandel, die nun die dritte Woche tagt, hat die Frage zu entscheiden, ob man, um dem Unfug des Differenzgeschäftes in Getreide zu steuern, den Getreide—Terminhandel reformieren oder schlankweg unterdrücken soll. So wenigstens hat das Ackerbauministerium, das die Enquete einberief, und so hat der größte Teil der Öffentlichkeit ihre Aufgabe verstanden. Aber Frischauers 'Wiener Tagblatt' blickt tiefer. Das Differenzgeschäft vernichten? Was heißt das anderes als: den Umsturz alles Bestehenden planen? »Unser — der Leser des 'Wiener Tagblatt'— ganzes modernes Wirtschaftsleben ist aufgebaut auf dem freien Spiel an der Effekten— und der Produkten— Börse. So ward uns am 25. Oktober verkündet. Diesem freien Spiel Fesseln anlegen wollen, ist Antisemitismus, reaktionäres Umstürzlertum. Und wie oft hat nicht das 'Wiener Tagblatt' schon dargetan, daß dieses reaktionäre Treiben mehr als Sozialismus und Anarchismus die »Gesellschaft« — der Leser des 'Wiener Tagblatt' — gefährdet! Die Interessen der Wiener Börsenjuden sind aber bekanntlich zugleich die Interessen des freisinnigen Bürgertums. Möge es also rechtzeitig gegen das Treiben in der Enquete über den Getreide—Terminhandel Einspruch erheben, gegen jenes »wilde Unterfangen, den gesamten Staat und die Gesellschaft aus den Angeln zu heben und an die Stelle der modernen Autoritäten wieder jene des Grundherrn zu stellen.« »Man sieht, es handelt sich dabei um etwas mehr, als um die Beseitigung des Differenzspiels in Weizen oder Mais.«

Das 'Wiener Tagblatt' sagt gerade heraus, was 'Neues Wiener Tagblatt' und 'Neue Freie Presse' bloß anzudeuten wagen, wenn auch freilich die Andeutungen recht derb sind. Jedem sozialpolitischen Beginnen tritt die Wiener liberale Presse mit solch verbissener Wut entgegen, als wären Ausbeutung und Schwindel tatsächlich die unerläßlichen Lebensbedingungen der Wiener Judenschaft, die durch jene Presse spricht. Und eine Öffentlichkeit, der die Überzeugung aufgedrängt wird, die wesentlichen Interessen des Semitentums seien antisoziale, kann auf die Dauer dem Trugschluß nicht entgehen, den Antisemitismus darum für sozial zu halten ...

In einem Punkte aber bin ich mit dem 'Wiener Tagblatt' gleicher Meinung: daß die Enquete bisher nicht richtig geleitet wurde. Freilich, wenn zwei das Gleiche meinen, ist's oft nicht das Gleiche. Nicht, daß die Landwirte zu stark in der Enquete hervortreten könnten, scheint mir bedenklich, sondern daß die Art, wie die Vertreter der Händlerinteressen einvernommen werden, uns um den größten Teil des Nutzens bringt, der aus ihrer Einvernahme hervorgehen könnte. Statt der Darlegungen konkreter Fälle aus ihrer Geschäftspraxis bieten die Herren theoretische Abhandlungen ohne Wert. Ein Beispiel: In dem mir vorliegenden Teile des Protokolls finde ich eine Rede des Herrn Dr. Gustav *Weiß v. Wellenstein*, in der die Frage erörtert wird, ob die Organisation des Terminhandels Hausse— oder Baissespekulationen begünstigt. Nun hat die Enquete das Glück, in Herrn Dr. Weiß v. Wellenstein einen der größten Terminweizenspieler der Monarchie in ihrer Mitte zu sehen. Freilich keinen der glücklichsten. Herr Dr. Weiß v. Wellenstein hat vielmehr in riesigen Terminweizenspekulationen — ähnlich wie vor kurzem der junge Baron Schoßberger in Budapest — nicht bloß sein eigenes Vermögen eingebüßt, sondern auch die Firma seines Vaters engagiert und mußte, als seine Spekulationen arrangiert wurden, aus der Firma scheiden. Er braucht sich seines

Unglücks nicht zu schämen. Haben ihn doch seine Berufsgenossen, nachdem seine Spekulationen mißglückt waren, nicht bloß neuerlich zum Vizepräsidenten des Börsenschiedsgerichtes gewählt; als ein durch Schaden Kluggewordener ist er seither sogar zur Mitarbeit am 'Economist' herangezogen worden. Die Schläge des Schicksals haben der unerschütterlichen Überzeugung des charaktervollen Mannes nichts anhaben können; so viel er auch im Terminspiel verloren hat, er ist doch ein Anhänger des Terminspiels geblieben. Aus den Nachteilen, die er als Händler im Differenzgeschäft erfahren hat, folgert er, daß es für die Produzenten nützlich sei. Um wie viel besser wäre es nun, diesen Mann, statt ihn im Allgemeinen über Hausse— und Baissespekulation sprechen zu lassen, über seine eigenen Spekulationen zu befragen, darüber, ob er in Hausse— oder Baissespekulationen, eventuell, warum in diesen, sein Vermögen verloren hat; ob er bloß sein und seiner Firma Geld oder auch das anderer Personen in diesen Spekulationen angelegt hatte; ob gegebenenfalls diese anderen Personen der Börse und ihrem Interessentenkreis angehört haben oder nicht; und wenn sie Außenseiter waren, ob sie sich an ihn herandrängten, oder ob und von wem sie zum Spiel verleitet wurden. Eine halbe Stunde, die in der Enquete auf die Beantwortung solcher konkreten Fragen an einen Geschäftsmann verwendet würde, böte mehr Aufklärung, als die theoretischen Erörterungen sämtlicher Börsenvertreter zusammen uns verschaffen können.

* * *

Der 'Kapitalist' der Firma Josef Kohn & Co. (Eigentümer Thalberg Bey), der 'Anker' von Schelhammer & Schattera und die 'Finanzielle Post' des Herrn Pleva sind im Kundenfang nicht lässig. Aber das Publikum, scheint es, ist gewitzigt und will nicht mehr in die alten Köder beißen. Welcher Gedanke lag da näher, als in der Tagespresse neue auszuwerfen? Der finanzielle Teil der täglich erscheinenden Blätter ist freilich schon von den großen Banken gekauft und kann darum den Börsenkontors, deren Interessen jenen der Banken vielfach entgegengesetzt sind, nur selten zur Verfügung gestellt werden. Aber auch die »Korrespondenz der Redaktion« kann etwas leisten, wenngleich nicht ganz so viel wie der finanzielle Teil. Während nun hier Überzeugung längst keine Rolle mehr spielt und die finanziellen Redakteure der liberalen Presse sich nicht minder gut als die der antisemitischen von der Länderbank bezahlen lassen, wird in der Korrespondenz der Redaktion an den konfessionellen Unterschieden noch strengstens festgehalten. Die jüdischen Adepten des Börsenspiels werden von den liberalen Blättern, christliche Freunde des Differenzgeschäftes von der christlichen Presse nur glaubensverwandten Börsenkontors zugetrieben. Seit einiger Zeit verfolge ich mit Interesse das heitere Spiel. Für heute nur zwei Beispiele aus den Animierblättern:

'*Neues Wiener Tagblatt*', 19. September, Antworten der Redaktion: Th. E. Wenden Sie sich gefälligst an die Firma *Josef Kohn & Co.*, 1. Bezirk, Minoritenplatz Nr. 4.

'*Deutsches Volksblatt*', 25. Oktober, Antworten der Schriftleitung: X. B. In solchen Fällen geben wir grundsätzlich keinen Rat. Wenden Sie sich entweder an die Bank— und Wechselstube von *Schelhammer & Schattera*, I., Stefansplatz, oder an die Bank— und Wechselstube von Pleva, I., Neuer Markt, dort wird man Ihnen mit Rat an die Hand gehen.

* * *

Personen, die die Geschäftsgebarung des *Ersten Allgemeinen Beamten—Vereines der österreichisch—ungarischen Monarchie* kennen, versichern mir, daß ich in meinem Artikel in Nummer 55 dem Verein Unrecht getan habe und daß er nicht »ungefähr 15 Prozent Zinsen«, sondern — weit mehr nimmt. Der 30jährige Beamte, der einen Vorschuß von 500 Gulden gegen Schuldschein, Lebensversicherung auf 500 Gulden, 7.5 Prozent Zinsen und Zahlung von 10 Gulden monatlich erhält, ist nämlich bloß ein Phantasiegebilde, »war nur ein Problema«. Als Wesen von Fleisch und Blut hätte er außer den Gebühren, die in dem von mir zitierten Beispiel erwähnt waren, noch 1. Beitrittsgebühr, 2. Teilhaberbuch, 3. Regiebeitrag, 4. Beitrag zum ärztlichen Honorar, 5. Extraprämie und 6. Porti bezahlen müssen. Und überdies hätte er gegen eine Versicherung auf 500 Gulden niemals 500 Gulden Vorschuß erhalten. Ein freundlicher Gewährsmann sendet mir nun das folgende konkrete und normale Beispiel eines Vorschußgeschäftes mit dem Ersten Allgemeinen Beamten—Verein.

Ein 32jähriger Beamter, der eben erst einem Konsortium beitrifft, erhält einen Vorschuß von fl. 300.— gegen hypothekarische Sicherstellung, Versicherung auf fl. 1000.— und Zahlung von fl. 5.— monatlich, 7.5 % Zinsen, fl. 2.43 monatlicher Versicherungsprämie und fl. 1.— Rate der Anteilseinlage, daher insgesamt Zahlung von monatlich fl. 10.30.

Von dem Vorschuss per	fl. 300.—
werden abgezogen:	
1. Beitrittsgebür	fl. 1.—
2. Mitgliedsgebür	» 2.—
3. Theilhaberbuch	» —.20
4. Regiebeitrag	» 3.—
5. Antheilseinlagerate	» 1.—
6. Erstmonatliche Zinsen	» 1.87
7. Beitrag zum ärztlichen Honorar	» 1.—
8. Erste Prämie	» 3.30
9. Extra-Prämie	» 3.—
10. Stempel	» —.07
11. Kosten der Sicherstellung etc.	» 16.12
12. Porto	» —.22
	<u>fl. 32.78</u>
Er erhält bar auf die Hand	fl. 267.22

ist Schuldner von fl. 300.— und hat ein Guthaben von fl. 1.—.

Der Beamte nahm das Darlehen auf, weil sich die Ausfolgung eines ihm zukommenden größeren Betrages verzögerte. Nach Erhalt von vielen Mahnbriefen und Klagedrohungen (trotz der Hypothek) konnte er endlich nach 22 Monaten bezahlen:

Den Vorschuss per	fl. 300.—
7.5 % Zinsen für 22 Monate	» 41.14
Verzugszinsen	» 1.93
22 Prämien à fl. 2.43	» 53.46
Die Löschung der Hypothek	» 12.50
mithin	<u>fl. 409.03</u>

à conto der Antheilseinlage hatte er während dieser Zeit eingezahlt	fl. 9.—
wovon er zurückerhielt	» 2.50
während ihm für Mahnbriefe etc. abgezogen wurden . .	fl. 6.50
Er bezahlte daher an das Consortium insgesamt .	fl. 415.53
und da er ein Darlehen von bar :	» 267.22
erhalten hatte, kostete ihn dieses in 22 Monaten den Betrag von	fl. 148.31
oder monatlich volle 6 Gulden 75 Kreuzer, beziehungsweise 79 Gulden jährlich.	

Die Police war vollständig wertlos — vollständig, denn sie ist auf Pergamentpapier gedruckt — und wird erst nach 36 eingezahlten Monatsprämien »rückgekauft«. Er hätte daher noch für 13 Monate fl. 31.59 einzahlen müssen, um nach Punkt 75 der Bedingungen von den durch 3 Jahre eingezahlten Prämien — fl. 29.33 herauszubekommen.

Als der Vorschußnehmer die erhaltene Abrechnung einem »vielprozentigen« Ehrenmanne zeigte, meinte dieser bedauernd: »Ja, solche Geschäfte dürfen wir leider nicht machen, uns hindert daran *das k. k. österr. Wuchergesetz!*

* * *

Das Resultat der »Erhebungen«, die man nach der Duxer Katastrophe zu pflegen versprochen hat:

Teplitz—Schönau, 24. Oktober. Heute wurden die letzten zehn Leichen aus der Frisch—Glück—Zeche zu Tage gefördert.

* * *

In der Länderbank fehlen acht Millionen.

Eine Weißnäherin wurde am 20. Oktober wegen des Diebstahls von Taschentüchern zu zwei Monaten verurteilt.

In der Länderbank fehlen acht Millionen.



Die Sonntagshumoristen

Wien windet sich noch immer unter dem Humor, der ihm am Sonntag von der 'Neuen Freien Presse' angetan wird, »Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht — — —«, so müssen sich auch Sonntagshumoristen unter ihrem König Herzl einen Namen machen, indem sie erbarmungslos ihres fürchterlichen Amtes walten, und es

zuwegebringen, daß niemals wieder ein Wiener es wagt, einen Redakteur der 'Neuen Freien Presse' »auch nur scheel anzusehen¹«. Kurz: Pardon wird nicht gegeben ...

Aber — »ein andres Antlitz, eh' sie geschehn, ein andres zeigt die vollbrachte Tat«. Und am Montag nagt jedesmal Reue an den Herzen der Herausgeber. Wenn sie sehen, daß die Flut der einlaufenden groben Briefe nicht einzudämmen ist, wenn sie entsetzt über die Wirkung eines Entrefilets dastehen, dann beginnen sie zur Abwechslung die Hände zu *ringen*, die sie, da sich ja Sprachlosigkeit ihrer bemächtigt hat, nicht anders verwenden können. »So weit kommt man, wenn man sich mit der Jugend einläßt!« — so etwa mag das erste Wort lauten, das sie einander zurufen. Sie wollten zeigen, daß sie nicht harthörig sich den Forderungen der Zeit widersetzen, und gewannen die Herren Sternberg und Rosenberger. Aber auf die Dauer kommt man mit der Jugend nicht aus; sie altert. So ist's gleich besser, zum Alter zurückzukehren. Wenn schon Gehirnerweichung, so soll sie wenigstens legitim und ehrwürdig sein. Und so gingen sie denn hin und forderten den mehr als 70jährigen Hofrat Uhl auf, zur Belebung des Sonntagshumors sein Schärflein beizutragen.

... Am 14. Oktober debütierte ein Herr »Staberl Jun.« mit einer Plauderei über »Die Wienerin« und übertraf alle Erwartungen, die die Herausgeber der 'Neuen Freien Presse' auf seine Fähigkeit, durch absoluten Stumpfsinn die Gehirnnerven des Lesers langsam abzutöten und ihn zur Gegenwehr untauglich zu machen, gesetzt hatten. Man riet in Wien allgemein auf Dörmann. Die Beschreibung des Busens der Wienerin, der erotische Zug, der durch das schläfrige Gefasel ging, schien diese Vermutung zu bekräftigen. Die 'Arbeiter—Zeitung' war so unvorsichtig, sie aufzugreifen, und zog sich eine Berichtigung des Herrn Dörmann zu. Am 21. Oktober lieferte ein Herr »Junius rediv.« eine Plauderei über »Wiener Theater«. Diesmal beschuldigte die 'Arbeiter—Zeitung', noch grundloser, Herrn Julian Sternberg, der freilich als interner Redakteur der 'Neuen Freien Presse' sich gegen die Autorschaft nicht öffentlich verwahren durfte. Da er aber in der nämlichen Nummer der 'Neuen Freien Presse' unter eigener Chiffre mit einem mindestens ebenso stumpfsinnigen Entrefilet vertreten war, mußte er die Zumutung, auch Junius redivivus zu sein, nicht als besonderen Schimpf empfinden.

Die 'Arbeiter—Zeitung' hat in beiden Fällen leichtfertig Unrecht getan. Erfreulich war bei diesen Anlässen nur, zu sehen, daß sie sich zu der Erkenntnis bekehrt hat, »selbst in dem Blatte, in dem Herr Benedikt seinen Stilblüten träumen nachhängt, dürften Schnitzer nicht passieren, deren sich ein Volksschüler schämen müßte«; es sei wichtig, sich mit den Verderbern der deutschen Sprache zu befassen, Wien »der Einbruchsort der halbasiatischen Pest, die dem Leben der deutschen Sprache schon einen unermesslichen Schaden zugefügt hat« und »ein überaus gefährlicher Pestherd die 'Neue Freie Presse'«. Die Arbeiter—Zeitung' mag plötzlich ihr Gefühl für den deutschen Stil entdeckt haben; Stilgefühl hat sie nicht bewiesen, als sie für Staberl Herrn Dörmann, und vollends nicht, da sie für Junius Herrn St—g verantwortlich machte. Ich hatte den ersten Absatz der »Wienerin« gelesen und die sprunghafte Schreibweise des alten Uhl erkannt, den ich in keiner Verbindung mit der 'Neuen Freien Presse' wußte. In den nächsten agnoszierte ich seine senile Erotik. »Wie hält es die Wienerin mit der Bildung? Die echte und nicht die Hofratstochter, obwohl auch diese gar oft sich nach ... guter Küche, 'Spitzfleisch' und ausgezogenem 'Apfelstrudel' zurück oder gar vorseht, und auch nicht die Literaturgönnerin, welche uns manchmal aus dem 'Ausland' zugeführt wird und den Wiener Salon begründen will. Nur den Lernfleiß hat die

1 Zwei Zitate aus der Hunnenrede Wilhelms II.

Wienerin nicht geerbt und nicht erfunden.« Oder: »Fürstin Metternich liebte es, in Aussprache und Gesang zum Volke niederzusteigen, in Wien und ... in Paris, wo man sie fast als Pariserin gelten ließ«. Als Junius redivivus: »Es ist nicht allen Bewohnern Wiens vergönnt, ins Theater zu gehen, alle aber reden gerne über's Theater, hoch und nieder, ja, je höher, desto lieber, 'was man so hört', sagt der Wiener.« »Kein Diner ohne Theaterge ... spräch«. »Man fragt: 'Was gibt es Neues im Burgtheater?' Natürlich, ist ja doch ... Äschylos vor der Tür!« Schon die skurrile Orthographie, die typischen, völlig sinnlosen drei Punkte mitten im Satz oder gar mitten im Worte ließen mich die kuriose Tatsache erfahren, daß die 'Neue Freie Presse' den alten Uhl, den personenkundigen Lokal—Chroniqueur, dessen Stilvermögen nie seiner Bissigkeit gewachsen war, in den Reigen der schwachsinnigen Jugend aufgenommen hatte. An den drei Punkten habe ich ihn erkannt. Dann erst prüfte ich das Stoffgebiet, mit dem es natürlich nicht weniger stimmte. Herrn Dörmann konnte man erotische Betrachtungen zutrauen, aber St—g's Theatererinnerungen reichen höchstens bis zur Kopacsi—Karczag und nicht bis zur Jenny Lind.

Man mag Herrn Hofrat Uhl für einen der überschätztesten Wiener Schriftsteller halten; aber es wäre ungeheuerlich, ihm an dem Ende seiner literarischen Laufbahn keinen würdigeren Platz als einen an der Seite des Humoristen Rosenberger zu wünschen. Nach seinem Auftreten in der 'Neuen Freien Presse' wird man den Mann, der seit mehr als vierzig Jahren die Feder führt, billigerweise nicht beurteilen dürfen. Offenbar haben die Herausgeber ausdrücklich Paralytisches bestellt und der alte Mann hatte nicht mehr die Kraft, Nein zu sagen.

*

»Die Frequentanten der Jahrgänge 1850, 1851 und 1852 von der Pfarrhauptschule im Heiligenkreuzerhof werden ersucht, sich behufs Abhaltung einer fünfzigjährigen Erinnerungsfeier melden zu wollen.« Dieser Aufruf ward neulich irgendwo publiziert. Welcher gesittete Mensch vermöchte daran etwas Abnormales, Anstößiges oder Lächerliches zu entdecken? Sie sagen: Keiner. Und ich sage: Keiner, aber der Sonntagshumorist der 'Neuen Freien Presse'. Dies verworfene Blatt sieht keines der öffentlichen Übel mehr, da es von allen lebt, und muß darum seine »Satire« ein paar harmlose alte Leute fühlen lassen, die das Bedürfnis zusammenführte, im Austausch fünfzigjähriger Erinnerungen und im Rückblick auf eine Zeit, in der es noch keine 'Neue Freie Presse' gab, einen Abend zu verbringen. Für so viel Taktlosigkeit auf einmal fehlt auch dem geübtesten Leser der 'Neuen Freien Presse' das Verständnis. Man fragt sich, wen diese Greise eigentlich gestört, welche dem öffentlichen Wohle dienende Absicht sie vereitelt, welche Übeltat sie verübt haben, daß ihnen in der Sonntags—Ausgabe des ersten Blattes der Monarchie ein Aufsatz voll Zorn und Hohn gewidmet wird. Herr St—g., für den freilich der Zeitraum von 50 Jahren nichts bedeutet, da er darauf stolz ist, der humorloseste Satiriker des Jahrhunderts zu sein, ist der Verfasser dieser »Plauderei«. Neben dem Selbstbewußtsein der Wiener Fiaker und der Aufgeregtheit der Derby—Besucher, neben der Eitelkeit der Schauspielerinnen und der Bissigkeit der Schwiegermütter gehört vor allem die Sucht, Jubiläen zu feiern, zu jenen »Übelständen«, die sich St—g als Objekte seiner Satire erkoren hat. Und da er die irrige Meinung hegt, daß die stille Gedenkfeier der Alten vom Heiligenkreuzerhof auch ein »Jubiläum« sei, so geht er hin und »geißelt« sie. Das Ganze nennt er »Die schlimmen Buben als Jubilare« und spricht von einem »Schulbubenjubiläum«, dessen Idee nur dieser verschrobenen, an Auswüchsen so reichen Zeit entstammen konnte. Welch ein Sittenschilderer! Er braucht nur die Feder anzusetzen, und keiner von jenen, für die »Antisemitis-

mus« bis dahin noch ein Fremdwort bedeutet hat, ist jetzt mehr im Zweifel, daß es vom guten deutschen Wort: »Neue Freie Presse« stammt.

* * *

Herrn Noske und Genossen dürfte wohl die Allerseelenstimmung übermannen und in ihnen den Entschluß zur Reife bringen, endlich unter dem Vorwande der Bekränzung des Heine—Grabes die noch geöffnete Pariser Weltausstellung zu besuchen. Die »Wiener Intellektuellen« haben für die Sache der Freiheit so viel Geld gesammelt, daß es außer dem bronzenen Kranze gewiß auch noch auf ein paar vergnügte Ausstellungstage langen dürfte. Die Ruhe von Montmartre wird ja doch endlich gestört werden müssen. Was hat denn Heine von einem Kranze, von dem man fortwährend redet und den man ihm immer wieder verspricht? Man muß ihn auch niederlegen. Dann erst wird der Dichter die rechte Genugtuung für die ihm durch den Stadtrat Wessely zugefügte Schmach (zweier Jahrhunderte) empfinden. Und die Pariser Telegramme des Herrn Frischauer, die es da absetzen wird! Man denke nur, ein wirklich niedergelegter Kranz auf Heines Grab ... Empfang der Wiener Intellektuellen auf dem Bahnhofe, Begrüßung durch die Pariser Intellektuellen. Anwesend waren u. A.: Clemenceau und der kunstsinnige Oberst Piequart. Empfang bei Loubet usw. usw. bis zum Empfang bei Heinrich Heine. Am Grabe proklamiert Herr Trarieux die Menschenrechte, und Frischauer bemüht sich, sie »noch für's Abendblatt zu bekommen«. Herr Noske erzählt den an seinen Lippen hängenden Parisern, daß auch in Österreich ein geheimes Bündnis zwischen Weihwedel und Säbel bestanden, daß aber der Verein der Fortschrittsfreunde alle Anschläge der finsternen Reaktion rechtzeitig vereitelt habe. Es gehe in Österreich nicht besser zu als in Frankreich, nur daß in seiner Heimat die klerikale Strömung glücklicherweise durch den Einfluß einer mannhaften fortschrittlichen Presse paralysiert werde. Diese fortschrittliche Paralyse werde Österreich hoffentlich vor den Schrecken eines Dreyfusprozesses bewahren. Für den Ernstfall seien wir übrigens gerüstet; denn auf die bekannte Frage des Oberhirten Gudemann, ob denn kein Zola da sei, hätten sich sofort Männer wie er, der Bezirksausschuß Waldstein, Baurat Stiaßny, Zifferer und Hofrat Kareis gemeldet. Die Fortschrittsfreunde seien auch die einzigen, die in dem verödeten Wien das Banner der Kunst hochhielten. Redner selbst sei Versicherungsbeamter, aber durch seinen Freund Wrabetz, der Photograph sei, habe er mannigfache Fühlung mit den Angelegenheiten der Kunst gewonnen. Anlässlich der Beschimpfung, die dem Andenken Heines durch die Wiener Reaktionäre zugefügt ward, sei er auf diesen Dichter aufmerksam geworden und nehme sich jetzt seiner bei jeder Gelegenheit an. Heine's Freisinn sei über jeden Zweifel erhaben, unentwegt habe er für Deutschum und Fortschritt gekämpft. (Zwischenruf Frischauers: Sein Bruder war doch beim Fremdenblatt!) Die 'Neue Freie Presse' habe schon vor einem halben Jahre gemeldet, daß er einen Kranz bekommen hat; also muß er ihn doch endlich bekommen. (Zwischenruf Frischauers: Warum soll er keinen bekommen?) Das Resultat der eingeleiteten Sammlung, der Betrag von 4000 Kronen, ist bereits ausgewiesen worden. (Zwischenruf Frischauers: Ich auch!)

....

... Ich bin ein abgesagter Feind von Gräberschändungen, und darum würde ich es viel lieber sehen, wenn das Komitee der Wiener Freisinnigen die eingelaufene Summe ausschließlich zum Besuche der Pariser Weltausstellung und nicht auch des Montmartre benützte. Sollte es aber durchaus unmöglich sein, einen bereits Verstorbenen vor der Zudringlichkeit eines Versicherungs-

agenten zu schützen, so muß man wenigstens die Pariser rechtzeitig über die Beschaffenheit der Leute, die vor dem Auslande die »Blüte der Wiener Intelligenz« repräsentieren möchten, belehren, um so die sichere Blamage auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. In diesem Sinne wirke ich; wenn ich eine Zugschrift veröffentliche, die die Akteure der Heinekrantz—Komödie hinter den Kulissen zeigt. Sie lautet: »Gelegentlich der Sammlungen für einen Kranz auf Heines Grab wurden auch dem liberalen Bezirksrate Josef Alberti (bei den Freisinnigen Budapests früher auch unter dem Namen Josko Abeles bekannt) mehrere sogenannte »Heine—Marken« zugesandt. Er bezahlte großmütiger Weise den ganzen Betrag, ließ jedoch die Sammelliste durch seinen Kontoristen mit ebensovielen frei erfundenen Namen, als er Marken erhalten hatte, ausfüllen und bemerkte lächelnd: »Aber keine jüdischen, sondern arisch klingende Namen!« Diese 15 oder 20 der Phantasie eines Kontoristen entsprungenen »Vertreter der Intelligenz« figurieren natürlich unter den »vielen Tausenden«, die bewiesen haben, daß »noch nicht ganz Wien auf einer Stufe usw. usw.« ... Es wäre interessant, ausfindig zu machen, wie viele andere Heinekrantz—Verschleißer auf dieselbe ingeniose Idee verfallen sind, wie Herr Abeles, und wie viele Wiener übrig bleiben, die sich nicht enthalten konnten, an der Demonstration der Herren Noske & Co. teilzunehmen. (Folgt Namen und Adresse des Einsenders.)« Und da ja auch an den bewährten Freisinn der Frauen appelliert wurde, so bin ich überzeugt, daß die Liste der Teilnehmer auch zahlreiche — »Wienerinnen« aufweist. So mag denn in den Zeiten des Wahlkampfes der Erfolg Herrn Noske Recht geben, der noch am Grabe Heines die Hoffnung auf ein Reichsratsmandat aufpflanzt. In jenen Tagen freilich, da die Redaktion der 'Wage' ihre Zola—Bogen zirkulieren ließ, hat sich der Wiener Freisinn doch reichlicher und ehrlicher betätigt. Damals wurde aber auch nicht die Gebühr von 10 Kreuzern eingehoben. Die Stammgäste sämtlicher Leopoldstädter Kaffeehäuser gaben ihre *eigene* Unterschrift, und der Erfolg war ein überraschender. Zola ist ja ein lebender Dichter. Und so konnten denn 'Neue Freie Presse' und 'Wage' ein eigenhändiges Dankschreiben aus seiner Feder an den »cher confrère« Lothar veröffentlichen ...

* * *

PRIVATLEBEN

(Eine Auskunft.)

Es war nicht Absicht. Die Zusammenstellung der Namen Tuschl und Burckhard im Untertitel einer in Nr. 55 erschienenen Revue über die liberalen Häupter war eine rein zufällige. Die Besprechung der Affäre Burckhard ist von der der Affäre Tuschl streng getrennt. Gemeinsam haben die beiden Männer nichts, als daß sie beide der Partei des Freisinns zugezählt werden müssen. Deren hervorragendste Repräsentanten waren in dem Artikel erwähnt und mußten im Untertitel aufgezählt werden. Zufällig kommt Tuschl hinter Burckhard zu stehen. Hätte man mir nicht, wenn er neben Pfersche oder Russ genannt wäre, mit demselben Recht Vorwürfe machen können? Noch trostloser dünkt mich der ewige Einwand von dem »Privatleben«. Man sollte doch wissen, daß das schmutzige Zeitungsgewerbe, das selbst vor Übergriffen in die Familiensphäre nicht zurückschreckt, an mir seinen ärgsten Feind gefunden hat und daß ich wiederholt von der Dringlichkeit einer Strafgesetzreform zum Schutze des Publikums vor den illustrierten und nicht illustrierten Klatschblättern gesprochen habe. Was ist aber »Privatleben«? Gewiß

nicht mehr eines, das mit einem öffentlichen Interesse so verquickt ist, daß eine Schonung des Privatlebens eine Verletzung des *öffentlichen Interesses* nach sich ziehen müßte. Nehmen wir z. B. an, ein bekannter Habitué unterhalte Beziehungen zu einer Primadonna; so ist das eine heilige Privatsache, deren »Aufdeckung« jedem Pikanterienschmuck die redlich verdiente Hundspeitsche eintragen müßte. Nehmen wir aber an, daß der bekannte Habitué sich plötzlich in einen Rezensenten verwandelt, der die Gunst der Primadonna mit Zeitungslob erkaufte: so hat sich die Hundspeitsche in der Adresse geirrt und muß sich schleunigst gegen den Rächer, der sie schwingen wollte, richten. Mir ist — ich will die Schnüffler enttäuschen — ein solcher Fall nicht bekannt, und ich wollte nur ein Schulbeispiel aufstellen. Aber ein anderer Fall ist mir bekannt. Nehmen wir an, die Sängerin sei mit dem Habitué verheiratet. Das ist entschieden eine Privatsache. Aber wenn der Herr Gemahl zufällig Musikkritiker des 'Extrablatt' ist, das fortgesetzt die aufdringlichsten Lobhudeleien über die Dame bringt, so ist das sicherlich ein Übelstand, der die Öffentlichkeit interessiert, und den Eingriff in das Familienleben habe in diesem Falle nicht ich, der dies traute Idyll stört, begangen, sondern Herr Königstein, der Musikkritiker, der die Öffentlichkeit täglich zum Zeugen seiner Zärtlichkeiten macht. Ein Schulbeispiel aus der Verwaltungssphäre; — ich denke an keinen bestimmten Fall. Wer begeht einen »Eingriff ins Familienleben«? Der hohe Justizfunktionär, der die Schulden seiner Frau — Privatsache — von einem Bankier, in dessen Hause — Privatsache — eine strafbare Handlung verübt wurde, bezahlen läßt; oder der Publizist, der diese Verkettung zweier strafbaren Handlungen aufgriffe und laut seinem Gott dankte, daß in Österreich Armut die meisten Verbrecher vor Strafflosigkeit bewahrt habe? Ja, daß ein Vater für das Fortkommen seines Sohnes besorgt ist, mag ihm als ein »schöner Zug« angerechnet werden und ist sicherlich Privatsache. Wenn aber der Herr Hofrat Schrötter seinen Sohn gleich zum Assistenten an seiner Klinik macht, hört alle Pietät auf. Schließlich stiehlt auch ein Bankdirektor nur für sich und seine engere Familie. Aber es wäre doch verkehrt, zu behaupten, daß die acht Millionen, die in der Länderbank fehlen, eine Privatsache jenes Bankdirektors sind. In ganz Österreich scheint doch heute nur mehr der Staatsanwalt auf diesem Standpunkte zu stehen ... Sie fragen, was dies alles mit Herrn Burckhard zu tun habe? Mancherlei. Auch er hat ein Privatleben, und in Nr. 55 war sein Verzicht auf die Stellung beim Verwaltungsgerichtshofe ausdrücklich mit gewissen Vorfällen, die nur Herrn Burckhard angehen sollten, in Zusammenhang gebracht. Nur dem hochgestellten Richter und öffentlichen Funktionär durften sie vorgehalten werden, nicht der Privatperson. Herr Burckhard mochte durch die ihm befreundete Presse verkünden lassen, daß ihn sein literarischer Betätigungsdrang vom Hofratsposten vertrieben habe, — Eingeweihte behaupten, daß es ein anderer Skandal war, der zu seiner Pensionierung geführt hat. Ich würde, weil mir zwar die *literarische* Betätigung des Herrn Burckhard widerlich, aber jede andere für mich uninteressant ist, mit keiner Silbe daran erinnern. Ich würde selbst dann nicht davon sprechen, wenn die Inkompatibilität des Amtes und der Lebensweise noch augenfälliger und peinlicher zutage getreten wäre. Ich überlasse das — Herrn Burckhard. Ich habe mich begnügt, zu konstatieren, daß »die Meldung der Blätter, der Herr Hofrat beabsichtige aus dem Richterstand in den Ehestand zu treten und zu diesem Zwecke die ungarische Staatsbürgerschaft zu erwerben, sich als irrig erwiesen« habe. Nichts weiter. Und woher wußte ich, daß die Meldung der Blätter irrig sei? Herr Burckhard hat sie persönlich demontiert. In der 'Deutschen Zeitung' vom 7. Oktober hat er sogar den *Namen* genannt, den das Gerücht mit dem seinen in Verbindung brachte. Er hat selbst

ausdrücklich erklärt, daß er die Frau, die man als seine Verlobte bezeichnet, *nicht* heiraten werde, und hat für jene, die es noch nicht wußten, hinzugefügt, wer die Dame sei. Er »teilt uns«, hieß es in der 'Deutschen Zeitung' vom 7. Oktober, »mit, daß er nicht die Absicht habe die österreichische Staatsbürgerschaft abzulegen und auch nicht, Frau (folgt der volle Name) geborne ... zu ehelichen«. Herr Burckhard hat, indem er vor aller skandalsüchtigen Welt die Bestätigung ihres Geredes gab, tiefer in sein und einer armen Frau Privatleben gegriffen, als es einem Gentleman eigentlich gestattet ist. Es ist wohl ein Fall, der sich noch nicht ereignet hat, seit es — Richter in Österreich gibt. Herr Burckhard hat die pikanten Indiskretionen aus dem von ihm früher beherrschten Kulissenreich, mit denen er allwöchentlich in der 'Zeit' seinem Nachfolger zusetzte, überboten. Der österreichische Staat zahlt an diesen wackeren Kampfgenossen Hermann Bahrs und Verfechter der Freiheit gegen die Traditionen des österreichischen Beamtentums, wenn ich nicht irre, drei Pensionen. Jetzt steht seiner Kandidatur als liberaler Parteimann nichts mehr im Wege. ... Ich aber heilige das Privatleben, wenn ich es aus dem Zusammenhange mit öffentlichen Interessen, die ihm geopfert werden, und dem öffentlichen Interesse, dem sich freiwillig anbietet, löse.



Noch ein Wort zur Frage der polemischen Taktik ¹. Ein Kampf, der traurig und komisch zugleich ist weil er die klägliche Hilflosigkeit der Redlichen gegen die Dreisten zeigt, spielte sich vor einiger Zeit zwischen 'Arbeiter—Zeitung' und dem 'Deutschen Volksblatt' nebst einigen kleinen christlichsozialen Blättern ab. Das 'Deutsche Volksblatt' hat der Broschüre eines übelbeleumundeten Menschen namens Lukascik den Stoff zu mehreren Artikeln entnommen, in denen »die sozialdemokratischen Führer« des Streikgelderraubes und sonstiger Unredlichkeiten beschuldigt werden. Die Allgemeinheit der Vorwürfe macht hauptsächlich ihre Gemeinheit aus. Die 'Arbeiter—Zeitung' hat darum Tag für Tag gefordert, daß jener Lukascik und die Redaktion des 'Deutschen Volksblatt' bestimmte Anklagen gegen bestimmte Personen erheben, die unredlichen Führer mit Namen nennen mögen. Aber das 'Deutsche Volksblatt' spottet der Aufforderung und verkündet täglich seinen Lesern, denen der Begriff der Klagelegitimation fremd ist, »die Führer« der Sozialdemokratie wagten nicht, ihren Anklägern im Gerichtssaale entgegenzutreten. »Die Führer« und immer wieder »die Führer«. Nicht für seine Leser hat das 'Deutsche Volksblatt' die höhnischen Anführungszeichen dem Worte beigegeben; sie sollen der 'Arbeiter—Zeitung' sagen, daß sich das 'Deutsche Volksblatt' von seinen gewohnten Wegen nicht abbringen läßt. Was bleibt den Sozialdemokraten übrig? Knirschend ruft die 'Arbeiter—Zeitung' ihren Anhängern ein »Verachtet die Verleumder« zu und weiß doch gar wohl, daß die Verleumdung wirkt.

Aber man würde gewaltig irren, wenn man annähme, was das 'Deutsche Volksblatt' in diesem Falle tat, sei für die christlichsoziale Art der Polemik bezeichnend. Nein, der unpersönliche Kampf gegen wirkliche oder vermeinte Korruption ist eine Eigentümlichkeit unserer gesamten Journalistik. In allen

1 Siehe in Nr. 56 »Der Koprophor«. [KK]

Lagern und auf allen Gebieten gibt es bei uns Antikorruptionisten; denn jeder, der die Erscheinungen in irgend einem Gebiete unseres öffentlichen Lebens längere Zeit hindurch verfolgt, gelangt zur Überzeugung, daß in Wien jeder Prinzipienstreit töricht, zweck— und erfolglos ist, weil alle Prinzipien durch die Korruption ihrer Anhänger verfälscht werden. Da heißt es denn, gegnerische Prinzipien zunächst von einem Überzug, der sicherlich kein Edelrost ist, reinigen. Wann aber hätten die Antikorruptionisten, wenn sie Vorgänge unseres sozialen Lebens kritisierten, jemals bestimmte Personen als verantwortlich für diese Vorgänge genannt? Man erinnert sich noch von einer Polemik in der 'Fackel' her, wie beispielsweise Herr Dr. Kanner »die reichen Juden« bekämpfte, aber gleichzeitig erklärte, die Vorwürfe gegen eine Reihe namentlich angeführter Personen entsprächen nicht den Tatsachen, und wie er es vermied, auch nur einen einzigen Namen aus dem Kreise der von ihm angegriffenen »reichen Juden« zu nennen. Und diese Taktik erweist sich immer wieder unseren liberalen und antiliberalen Journalisten nützlich. Ich habe neulich einige Worte des Herrn Hermann Bahr aus Aufsätzen zitiert, die er zu Beginn der Neunzigerjahre schrieb. Damals bemerkte Herr Bahr, daß, »was die Künstler immer zuerst und mit Leidenschaft verhandeln, das Thema von der bestochenen Kritik« ist. Er hütete sich weislich, auf dieses Thema gründlicher einzugehen. Aber die Bemerkung konnte er sich nicht versagen, daß bei uns kritische »Erpresser sich in die erste Reihe drängen«, was doch anderwärts, wo wohl auch Kritiker »für Zigarren oder bares Geld« ihr Urteil verkaufen, nicht möglich sei. So hat auch sonst Herr Bahr oft genug die Saiten angeschlagen, die ich in der 'Fackel' ertönen lasse. In seinen Polemiken gegen das Künstlerhaus kehrt der Vorwurf beständig wieder, daß »geschäftliche Interessen« leitender und einflußreicher Personen die Künstlergenossenschaft regieren, daß alle Kunstregungen dem Geschäftstrieb weichen müssen. Niemals aber hat Herr Bahr einen einzelnen der künstlerischen Gewerbetreibenden an den Pranger gestellt, niemals ist er strafend unter die Schar bestechlicher Kritiker getreten. So weise Vorsicht ist denn auch nicht unbelohnt geblieben. Noch wirken in unverminderter Frische die »Erpresser«, die sich zu Beginn der Neunzigerjahre in die erste Reihe der Wiener Kritiker drängten. Und die namenlosen Angriffe des Herrn Bahr werden keinen von ihnen hindern, ihn im nächsten Jahr zum Präsidenten der »Concordia« zu wählen. Schlußfolgerung: Der unpersönliche Antikorruptionismus dient der Wiener Journalistik als Deckmantel für eigene, bereits vorhandene oder erst noch zu übende Korruption. Der *sachliche* Kampf gegen die Korruption ist aber in Wahrheit der *persönliche*, den ich in der 'Fackel' führe.

* * *

Der Reinigungskampf, den die antisemitische Tagespresse auf dem Gebiete der Wiener Theaterwirtschaft führt, ist ein »prinzipieller«. Im Einzelfalle sind die Herren mit den »verjudeten« Theatern zumeist geradeso veresippt wie ihre liberalen Kollegen. Das kann man an dem Kunstteile des 'Deutschen Volksblattes' fast täglich kontrollieren. Offener Freikartenbettel, wie ich ihn letzthin erwähnt habe, liebevolle Schonung just der anrücklichsten Mitglieder jener Gilde, die bei uns jahraus jahrein die Bretter verseucht. In allgemeinen Entrüstungsphrasen, die niemandem wehe tun, wird hin und wieder von der kunstverheerenden Tyrannis der Concordiaclique gesprochen, aber wenn's den besonderen Fall gilt, erntet Herr Buchbinder im 'Deutschen Volksblatt' ein Lob, das kaum schwächer klingt als das der befreundeten Presse und seines eigenen Blattes. Im Feuilletonteile oder in einer Jahresübersicht

über die Wiener Theater wird das Walten der jüdischen Kritik, die den Kanzleien ihre Stücke aufdrängt, beklagt und selbst die Aufführung einer Arbeit von Arthur Schnitzler — dem man, man mag ihn, wie man will, werten, schwerlich zumuten kann, daß er sich von Concordiasitzungen seine Inspirationen holt — als eine dem arischen Empfinden zugefügte Schmach beurteilt. Aber Herr Bernhard Buchbinder, die Verkörperung des Mißbrauchs kritischer Amtsgewalt, Schnüffler und Produzent, der übelste Verpester der Wiener Vorstadtbühne, der dreisteste Spekulant auf die Verlotterung des Wiener Kunstgeschmacks, braucht nur eine seiner elenden und gemeinen Possen im Raimund—Theater zur Aufführung bringen zu lassen, um der Zustimmung der strengen Herren vom 'Deutschen Volksblatt' sicher zu sein. Wenn irgendwo das Bestreben, die journalistischen Tantiemenschmarotzer fernzuhalten und das Volksempfinden vor Korruption zu bewahren, in Aktion zu treten hat, dann, sollte man doch meinen, kann es keinen geeigneteren Anlaß als die Premiere eines Buchbinder'schen Werkes auf einer Wiener Volksbühne geben. Aber am 27. Oktober wird »Grubers Nachfolger« im Raimund—Theater aufgeführt, und am 28. verkündet das 'Deutsche Volksblatt' mit merklicher Genugtuung: »Die gestrige Novität zeigt uns Bernhard Buchbinder nicht ohne Erfolg bemüht, *in den Bahnen von Karlweis* zu wandeln.« Und das ist nicht etwa Hohn, sondern pure Anerkennung. Der von der Concordiapresse gehätschelte Verwässerer O. F. Bergs wird ernstlich als Lehrmeister einer neuen Volksdichterschule hingestellt. Auch die antisemitischen Blätter scheinen eben unter jenen Bahnen von Karlweis, in denen zu wandeln einem Journalisten erstrebenswert sein muß, die Südbahn am meisten zu schätzen. Herrn Bernhard Buchbinder — das 'Deutsche Volksblatt' erweist ihm literarhistorische Ehren und läßt den »Herrn« weg — werden sodann »gut gezeichnete Situationen« und »manch hübsches Witzwort« nachgerühmt, das »den Dialog belebt«; man habe sich »vortrefflich unterhalten« usw. Der Hauptdarstellerin wird — ganz im Stile des andersgläubigen Schmocktums — die aufdringlichste Reklame gespendet und das Bedauern ausgesprochen, daß sie — wörtlich! — »nicht noch öfter und noch länger auftrat, als das der Fall war« ... Wie man sieht, ist eine Verständigung zwischen antisemitischer Kritik und jüdischer Theaterwelt nicht gar zu schwer herzustellen. Das 'Deutsche Volksblatt' versetzt nicht mehr blindwütig jedem andersgläubigen Autor einen Fußtritt und ein Ausrufungszeichen hinter seinen Namen. Seine Redakteure haben sich zu jener Höhe der Objektivität erhoben, von der aus sie mindestens das Wirken der schlechten und schädlichen Juden mit vorurteilsloser Nachsicht betrachten können.

* * *

(*Gut informiert.*) Der Pariser 'Figaro' bringt in der Nummer vom 17. Oktober, Seite 2, die folgende Nachricht: — Arrivés à Paris: M. Albert Gottlieb, conseiller impérial et membre de la Chambre de commerce de la Basse—Autriche, et S. Exc. le baron Chlumecky, ancien président du Conseil des ministres d'Autriche, deux des hommes d'Etat les plus considérés de l'empire austro—hongrois ¹.

Herr Gottlieb ist kaiserlicher Rat und Mitglied der niederösterreichischen Handelskammer. Aber die Franzosen sind fest überzeugt, daß er ein ös-

1 Ankunft in Paris: Herr Albert Gottlieb, königlicher Berater und Mitglied der Handelskammer von Niederösterreich und seine Exzellenz, der Baron Chlumecky, ehemaliger Präsident des Ministerrats von Österreich, zwei der am meisten angesehenen Staatsmänner des Königreiches Österreich-Ungarn.

terreichischer Staatsmann, und zwar einer der geachtetsten, sei und öfter in die Lage komme, dem Kaiser wirklich einen Rat zu erteilen. Inwieweit Herr Gottlieb zur Verbreitung dieses Glaubens selbst beigetragen hat, können wir in Wien nicht beurteilen, und ich vermag nichts weiter zu tun, als die Redaktion des 'Figaro' durch Zusendung dieser Nummer der 'Fackel' aufzuklären und vor unliebsamen Verwechslungen in künftigen Fällen zu bewahren. Laut »Lehmann« ist Herr Gottlieb nicht so sehr österreichischer Staatsmann als Repräsentant einer ausländischen Feuerversicherungsgesellschaft. Was Herrn Chlumecky anlangt, so habe ich bloß richtigzustellen, daß er niemals Vorsitzender des Ministerrates, sondern nur Parlamentspräsident war. Daß er aus jener Zeit und aus seinem sonstigen Vorleben einen Anspruch auf unsere besondere Achtung herleiten darf, könnte dem 'Figaro' ernstlich bestritten werden. Wäre der 'Figaro' ein Wiener Blatt, so hätte jeder österreichische Staatsbürger das Recht, ihm eine Berichtigung auf Grund des § 19 zuzusenden.

* * *

Ich erhalte die folgende Belästigung:

»Auf Grund des § 19 des Pressgesetzes fordere ich die Aufnahme der nachstehenden Berichtigung der auf Seite 21 in Nr. 53 der 'Fackel' von Mitte September gebrachten unwahren Mitteilung. Es ist unwahr, daß ich das 'Jüdische Volksblatt' redigiert habe; wahr ist, daß ich es niemals redigiert habe. Es ist unwahr, daß Herr Rappaport den Vorschlag machte, mich in den Ausschuß des Jüdischen Handwerkervereins zu wählen; es ist unwahr, daß der Verein das ablehnte; wahr ist, daß in einer Vorbesprechung für die Generalversammlung des Vereines zur Unterstützung jüdischer Kleingewerbetreibender von der Seite des Vereinsvorstandes der Vorschlag gemacht wurde, mich in den Vorstand zu wählen, daß ich sowohl dort wie auch nachher schriftlich jedwede Wahl ablehnte, so daß der Vorschlag bei der Generalversammlung nicht erfolgen konnte. Ich zeichne hochachtungsvoll Siegmund Bergmann.«

* * *

Liebe Fackel!

Für einen »Verein zur Abhaltung der Damen von akademischen Vorträgen« ersuchen wir um Deine Förderung.

Mehrere akademische Bürger.

*

Die 'Neue Freie Presse' vom 21. Oktober bringt in dem Artikel: »Das deutsch—englische China—Abkommen« den folgenden Satz:

»Darüber, daß England und Deutschland in wirtschaftlichem Belang das stärkste Interesse haben, ein *ungeheures und in seinen Folgen unberechenbares Kataklysm*a in China zu verhüten, gibt es schwerlich zweierlei Meinung.« — Alle Wörterbücher, die ich nachschlage, kommen über die Tatsache nicht hinweg, daß Kataklysm ein gut deutsches *Klistier* bedeutet, und ich will es der 'Neuen Freien Presse' gerne glauben, daß sowohl England wie Deutschland vor solch' drastischem Mittel zurückschrecken. Oder sollte der Verfasser des Artikels an das Wort: Kataklysmus, das

»Sintflut« und auch »große Verwirrung« bedeutet, gedacht haben? Ja, aber dann hätte er es doch hinschreiben sollen!

Ein Obergymnasiast.

*

Neulich wurden in unserer Klasse, der Septima, die folgenden Rechenaufgaben gestellt:

Renten—Rechnung. Wie viel verdienen Benedikt & Bacher durch die Stempelsteuerdefraudation in zehn Jahren, wenn sie den Stempelsteuerbetrag allmonatlich von einer Sparkasse aufheben lassen und ihnen 4 Prozent jährlicher Zinsen (am Schlusse jedes Halbjahres gutgeschrieben) berechnet werden?

Permutationen. Die wievielte Permutation von Bacher ist Rebach? Bitte doch wieder einmal gegen die Gymnasien zu schreiben! Es ist unglaublich was von uns alles verlangt wird.

Ein anderer Obergymnasiast.

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS

Politiker. Die Rede des Herrn Baernreither hat natürlich dem Leitartikler des 'Neuen Wiener Tagblatt' gewaltig imponiert. Sogar durch den »vollendeten Formsinn«, der »die Schönheit des Wortes, die so oft vernachlässigte«, wieder in ihr »gutes Recht« setze. Wenn ein Stilist des 'Neuen Wiener Tagblatt' zugibt, daß die Schönheit des Wortes oft vernachlässigt worden sei, so wäre das immerhin schon etwas. Daß er in demselben Satz, in dem er solcher Erkenntnis Ausdruck leiht, einen groben Sprachschnitzer macht, tut nichts zur Sache. Leider aber kommen wir bei Fortsetzung der Lektüre zur Überzeugung, daß der Leitartikler eine ganz eigene Auffassung von »vollendetem Formsinn« und »Schönheit des Wortes« hat. Er zitiert nämlich Stellen aus der Rede des Herrn Dr. Baernreither und erzählt uns, der Redner habe mit den »stolzen Worten« schließen können: »Ich glaube nicht, daß man mir die Unrichtigkeit auch nur eines DIESER AUSGESPROCHENEN SÄTZE nachweisen kann«. Welch vollendeter Formsinn! Dieser »ausgesprochene Satz« könnte sogar vom Leitartikler selbst geschrieben sein.

Socius. Wahrlich, Zerstörerkräfte müssen unserem Antisemitismus innewohnen, wenn die Scharf und Frischauer sich's in unserer Mitte wohler denn je ergehen lassen. Alexander Scharf — Welch ein Prüfstein für die Geduld einer Bevölkerung! Er darf uns noch immer jeden Montag erfreuen, nachdem er uns am Samstag durch den Anblick seiner fettglänzenden Persönlichkeit bei den Premieren erfreut hat. Man sieht ihm den Reichtum an, den er, der seit der Aufhebung des Stempels teilweise Unbestechliche, dem gedruckten und ungedruckten Inhalt seiner »Sonntagsbriefe vom Schottenring« verdankt. Die Patriarchen des jüdischen Volkes mögen auch ehrwürdig ausgesehen haben; aber so saturiert keiner. Und sein Blatt verfolgt nicht nur die Tendenz, ihm Geld einzutragen, sondern auch zu beweisen, daß er es schon hat. Wenn er sich heute sein Schweigen überhaupt noch abkaufen läßt, so dürften die Preise wohl unerschwinglich sein. Man lese nur, was er am 22. Oktober in einer Polemik gegen ein natürlich weit ärmeres, klerikales Blatt schreibt. Er will eine Wette wagen, »daß die 'Reichspost' noch immer nicht schweigen wird«. »Aber darauf wetten zu wollen«, fährt er fort, »daß wir der 'Reichspost' nicht antworten werden, ist daher pure Großtuerei. SO VIEL GELD HAT DAS ARME BLATT

NICHT, das sich protzig 'REICHSPost' nennt.« Herr Scharf ist witzig; aber wenigstens legt er ein umfassendes Geständnis ab. Das klerikale Blatt wird ihn nicht zum Schweigen bringen; so viel Geld hat es nicht. Und die Propaganda des Antisemitismus wird es auch nicht so wirksam betreiben wie die 'Sonn— und Montagszeitung'.

Schadenfroh. Sie halten mir vor, ich hätte in Nr. 55 behauptet, daß die 'Neue Freie Presse' als Entschädigung für den defraudierten Zeitungsstempel ihren Lesern jetzt Anzeigen der Theatervorstellungen in Baden, Wiener—Neustadt, Brünn, Salzburg usw. bietet und daß sie diese Annoncen in der Rubrik »Theater und Vergnügungen IN WIEN« unterbringt. Das zweite sei einfach unwahr, das hätte ich der 'Neuen Freien Presse', deren Dummheit ich überschätze, aufgebunden und jedermann könne sich davon überzeugen, daß die Vorstellungen der Provinztheater mit denen der Wiener Bühnen unter dem Titel »Theater und Vergnügungen« angezeigt seien. Ich muß das bestätigen. Von »Theater und Vergnügungen IN WIEN« steht in der Nummer der 'Neuen Freien Presse', die ich soeben zur Hand nehme, in der Tat nichts. Aber Sie hätten eine der Nummern vor Erscheinen des 55. Heftes der 'Fackel' durchsehen sollen. Auf die 'Neue Freie Presse' haben meine eindringlich mahnenden Worte so gewirkt, daß sie am 16. Oktober — als vornehmes Blatt mußte sie ein paar Tage verstreichen lassen — den größten Übelstand »freiwillig« abstellte. Am 15. Oktober noch haben Graz und Salzburg zu Wien gehört. Ich bin auf diesen Erfolg ganz stolz. Ich habe der Provinz — die die 'Neue Freie Presse' nicht nur, wie Herr Bahr, entdecken, sondern geradezu erobern wollte — zurückgegeben, was seit jeher der Provinz gehört hat. Ein schüchterner Anfang wäre gemacht. Vielleicht gelingt es mir, die 'Neue Freie Presse' bald auch zu größeren Konzessionen zu bewegen. Rückgabe des Zeitungsstempelbetrages, Abschaffung der Sonntagshumoristen ... Und vor allem das mit den Pauschalien möchte ich so gerne durchsetzen ...

Habitué. Welcher von den Wiener Kritikern den neuen Schwank der Herren Blumenthal & Kadelburg am meisten gelobt hat? Natürlich der Mann, der am lautesten darauf dringt, daß der Geschmack der »Menge« veredelt werde, der Mann, der Kultur nach Österreich gebracht hat und demnächst nach Darmstadt bringen wird, Herr Hermann Bahr im 'Neuen Wiener Tagblatt'. Er rühmt dem Werke einen »Ernst« nach, der es erklärlich mache, warum »manches hübsche Wort gegen die Mucker, das bei Dreyer zum Beispiel bejubelt worden wäre, merkwürdig unwirksam blieb, und warum man die feinen Wendungen, die der Schwank einigemal zum Lustspiel hin nimmt, nicht recht zu beachten schien«. Blumenthal & Kadelburg sind Märtyrer der Grobheit des öffentlichen Geschmackes; ihrem Höhenflug vermag das Publikum nicht zu folgen, das sich »geflissentlich nur an die sicheren alten Späße hält«. »Wenn man den Autoren diese wieder einmal vorwerfen wird, können sie sich darauf berufen, daß ihr Publikum es nun einmal nicht anders will.« Also das Publikum ist an allem, was an Blumenthal & Kadelburg nicht auf der künstlerischen Höhe sein mag, schuld; das Publikum verleitet die beiden, die gerne edleren Zielen zustrebten, immer wieder dazu, Geschäfte zu machen. In dieser Situation befindet sich ja bekanntlich seit Längerem auch Herr Bahr. Er möchte ja gar nicht Tantiemen am Deutschen Volkstheater verdienen. Aber der Geschmack der »Menge« zwingt ihn immer wieder zu diesem Äußersten. Und so tut er's am liebsten gemeinsam mit Blumenthal & Kadelburg ... Nur werden die beiden Herren ihn ersuchen müssen, wenn er schon so liebevoll auf ihre Intentionen eingeht, sie auch richtig zu zitieren. Herr Bahr erwähnt eines ihrer Witzworte, das »besonders belacht und stürmisch beklatscht« worden sei: »Wem Gott ein Amt gibt, gibt er auch den Verstand — auf das Sprich-

wort kann man sich schon längst nicht mehr verlassen«. Ich habe den Witz nicht entdecken können. Nachträglich merkte ich, daß Herr Bahr falsch zitiert hatte. » — — — auf das Sprichwort«, heißt es, »kann man sich schon längst nicht mehr verlassen; ES IST ZU OFT VON AMTSWEGEN DEMENTIERT WORDEN.« Das ist sicherlich keine üble Wendung. Aber Herr Bahr ist eben noch begriffsstutziger als das Publikum, über das er klagt: Er kann bei der Aufführung eines Werkes von Blumenthal & Kadelburg selbst dort nicht folgen, wo die »Menge«, wie er selbst zugibt, verständnisvoll mitgeht.

Leser. Das 'Neue Wiener Tagblatt' schrieb über eine neue Sängerin: »Blutjung, wird sie von jedem Kostüm gut gekleidet und nicht minder gut kleidet sie jedes Kostüm.« Auch ich finde diese Wendung bedeutend. Die Phantasie des Schmocks wirkt hier fast wie Polonius—Schwachsinn.

Sportsman. Den Bericht dürfte ein Epigone des Herrn Franz Servaes verfaßt haben. Wenn Herr Servaes von Kunst ungefähr so viel wie von Pferdezucht versteht, so ist dies noch immer kein Grund, anzunehmen, daß er auch die Sportberichte der 'Neuen Freien Presse' schreibt. Es ist bloß der Einfluß seines Stiles, der sich bereits in allen Rubriken des Blattes bemerkbar macht. So mag es zu erklären sein, daß zwischen allerhand technischen Abkürzungen und deutsch—englischen Sportausdrücken dem siegreichen Pferde, der »Naimouna«, nachgesagt wird, sie »verdanke ihren Erfolg in erster Linie ihrer staunenswerten Zähigkeit und SELTENEN TREUE, MIT DER SIE IHR BESTES GAB«.

C. W. Der »englische Leser« versteht freilich nicht viel mehr englisch als der »Economist« vom Geldwesen; so schrieb er »as if they would be« statt »as if they were«. Aber der Mann ist wohl ein Österreicher, der in London lebt, und es genügt mir das Bewußtsein, daß, was er in schlechtem Englisch schrieb, inhaltlich gut war.

?. Mitteilungen willkommen.

Hofratssohn. Besten Dank.

Ungläubiger Leser. Das sollte beileibe kein »Spaß« sein. Der Brief der Frau Katharina Schratt an Herrn Wilhelm Singer war wirklich von dem Adressaten verfaßt. Das ist GEWISSHEIT. Daß Frau Schratt den Brief kaum gelesen hat, ist meine ÜBERZEUGUNG. Nimmer hätte sie — selbst in der gereiztesten Stimmung — ihre Erlaubnis zur Publikation dieses Konglomerates von Geschmacklosigkeiten erteilen können. Aber Sie kennen ja den suggestiven Einfluß, den noch immer die Preßleute auf die Leute vom Theater, und wären es die unabhängigsten, ausüben. Über das unerhörte Inserat, das die 'Neue Freie Presse' am Sonntag, 21. Oktober, auf Seite 48, Spalte 6, Mitte, also an der auffallendsten Stelle, an der sonst nur die wirksamsten Kuppelannoncen erscheinen, gebracht hat und dessen Inhalt sich höchstens die monströsesten Taktlosigkeiten der 'Unverfälschten Deutschen Worte' an die Seite stellen, kann ich Ihnen beim besten Willen nicht viel sagen. Nur so viel: Es war ein Musterbeispiel für einen Eingriff in die »Sphäre des Privatlebens«, die bei Hoch und Nieder vor der Neugierde und dem Hohn einer schmutzigen Journalistik geschützt sein mußte. Sie glauben, das Blatt, das aufgesessen sei, treffe kein Verschulden; die Redaktion habe das Inserat vor der Drucklegung nicht bemerkt oder nicht verstanden. Ich möchte das bezweifeln. Zur Frage der Verantwortlichkeit für den Inseratenteil liegen freilich ZWEI gerichtlich deponierte Aussagen des verantwortlichen Redakteurs der 'Neuen Freien Presse' vor. Das einmal — gelegentlich eines Strafprozesses (Religionsstörung, begangen durch ein Inserat des Paprika—Schlesinger) — erklärte er als Angeklagter, daß er Annoncen überhaupt nicht lese. Aber in einem Zivilprozesse, dessen Gegenstand die Unterdrückung eines anständigen Inserates war, sagte er (siehe Nr. 40 der 'Fackel' UNTER ZEUGENEID aus, daß die Redaktion der

'Neuen Freien Presse' JEDES INSERAT AUF SEINE EIGNUNG zur Aufnahme in das Blatt PRÜFE und sich das Recht vorbehalte, Annoncen, die in der Administration angenommen und bezahlt wurden, zurückzuweisen. Auf Grund dieses Eides habe ich also kein Recht, daran zu zweifeln, daß die Aufnahme jenes taktlosen Inserates von der Redaktion der 'Neuen Freien Presse' gebilligt wird.

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: K a r l K r a u s.
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.